



Rechtsausschuss

74. Sitzung (öffentlich)

11. März 2026

Düsseldorf – Haus des Landtags

15:49 Uhr bis 16:40 Uhr

Vorsitz: Dr. Werner Pfeil (FDP)

Protokoll: Stephan Vallata

Verhandlungspunkt:

**Demokratie schützen – keine Toleranz für kriminelle Gewaltstrukturen:
Antifa-Sumpf austrocknen!**

3

Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 18/15910

– Anhörung von Sachverständigen (*siehe Anlage*)

* * *

Demokratie schützen – keine Toleranz für kriminelle Gewaltstrukturen: Antifa-Sumpf austrocknen!

Antrag

der Fraktion der AfD

Drucksache 18/15910

– Anhörung von Sachverständigen (*siehe Anlage*)

Vorsitzender Dr. Werner Pfeil: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich begrüße alle sehr herzlich zur 74. Sitzung des Rechtsausschusses in der 18. Legislaturperiode heute, am 11. März 2026. Ich begrüße alle anwesenden und zugeschalteten Mitglieder des Ausschusses sowie die anwesenden Sachverständigen, die Vertreterinnen und Vertreter der Landesregierung, die Zuhörerinnen und Zuhörer, die Medienvertreter und den Sitzungsdokumentarischen Dienst.

Wir treten in die Tagesordnung ein. Der Ausschuss wurde mit Einladung 18/1667 vom 2. März 2026 zu dieser Sitzung eingeladen. Zu der Einladung liegen mir bisher keine weiteren Anmerkungen seitens der Fraktionen vor. Gibt es Hinweise zur Tagesordnung? – Das sehe ich nicht. Ich möchte darauf hinweisen, dass die Sitzung per Livestream öffentlich im Internet übertragen und später auch dauerhaft abrufbar sein wird.

Der Antrag der Fraktion der AfD wurde vom Plenum zur federführenden Beratung an den Rechtsausschuss sowie zur Mitberatung an den Hauptausschuss und den Innenausschuss überwiesen.

Die Sachverständigen begrüße ich nochmals sehr herzlich. Ich freue mich, dass Sie den Mitgliedern des Ausschusses heute zur Beantwortung von weiteren Fragen zur Verfügung stehen.

Hinweisen möchte ich darauf, dass keine Statements abgegeben werden sollen. Wir haben die Stellungnahmen erhalten und gelesen. Gleich wird jede Fraktion Fragen stellen. Wenn eine Runde nicht ausreichend ist, gibt es noch eine zweite Fragerunde. Die Worterteilung beginnt bei dem Antragsteller, dann folgen CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP.

Thomas Röckemann (AfD): Sehr geehrte Damen und Herren Kollegen! Sehr geehrte Sachverständige! In der politischen Debatte wird immer wieder darauf verwiesen, dass gewaltorientierte linksextremistische Szenen angeblich keine Organisationen im klassischen Sinne seien. Es gebe keine festen Mitgliedschaften, keine klaren Hierarchien und keine formalen Strukturen. Stattdessen wird häufig von losen Netzwerken, spontan Zusammenschlüssen oder lediglich von Aktionsformen gesprochen.

Gleichzeitig zeigt die Realität ein anderes Bild. Gewalttaten folgen häufig ähnlichen Mustern: Mehrere Täter treten koordiniert auf, und die Gewalt richtet sich gezielt gegen politisch Andersdenkende. Für die Betroffenen macht es dabei keinen Unterschied, ob hinter solchen Taten eine formale Organisation oder ein Netzwerk von Akteuren steht. Entscheidend ist vielmehr die Wirkung: Einschüchterung, Bedrohung und der Versuch, politische Gegner aus dem öffentlichen Raum zu drängen.

Gerade Netzwerke ohne formale Mitgliedschaft können unter Umständen eine erhebliche organisatorische Wirkung entfalten. Deshalb möchte ich zunächst einige Fragen zur grundsätzlichen Einordnung politisch motivierter Gewalt und zu möglichen Vernetzungsstrukturen stellen. Meine Fragen richten sich an beide Sachverständigen. Stimmen Sie zu, dass politisch motivierter Gewalt grundsätzlich eine Bedrohung für den demokratischen Rechtsstaat darstellt und Gewalt gegen politisch Andersdenkende insbesondere darauf abzielt, diese einzuschüchtern und aus dem politischen Diskurs zu verdrängen?

Meine zweite Frage lautet: Ist es aus wissenschaftlicher Sicht korrekt, dass kriminelle Netzwerke häufig ohne formale Mitgliedschaften oder feste Organisationsstrukturen existieren können?

Meine dritte Frage: Wenn Gewalttaten immer wieder nach ähnlichen Mustern erfolgen, etwa durch koordinierte Angriffe mehrerer Täter, kann das dann aus Ihrer Sicht ein Hinweis auf eine gewisse Vernetzung innerhalb einer gewissen Szene sein?

Angela Erwin (CDU): Liebe Kolleginnen und Kollegen! Auch seitens der CDU-Fraktion ein herzliches Dankeschön an die Herren Sachverständige für die eingereichten Stellungnahmen, aber auch das persönliche Erscheinen, was uns heute die Möglichkeit gibt, in den Austausch bzw. in die Diskussion zu kommen. Es ist üblich, dass wir Fragen stellen. Deswegen spare ich mir ein politisches Statement, das mein Vorredner getätigt hat, und komme direkt zu den drei Fragen, die ich an Professor Dr. Hansen richte.

Die erste Frage: Was sind aus Ihrer Sicht die wesentlichen Erkenntnisse in Ihrer Stellungnahme für die Bewertung dieses Antrages? Wie beurteilen Sie vor diesem Hintergrund die Eignung der vorgeschlagenen Maßnahmen zur Bekämpfung linksextremistischer Gewalt?

Die zweite Frage ist – Sie arbeiten in Ihrer Stellungnahme heraus, dass der Begriff „Antifa“ analytisch nicht trennscharf ist und keine einheitliche, zentral geführte Organisationsstruktur beschreibt –: Welche Konsequenzen hat dieser Befund aus Ihrer Sicht für die Bewertung des Antrages und für die Tragfähigkeit der daran anknüpfenden Forderungen?

Die dritte Frage – Sie sprechen in Ihrer Stellungnahme von einem 360-Grad-Blick auf politischen Extremismus und weisen zugleich auf die Gefahr der Co-Radikalisierung hin –: Können Sie erläutern, warum ein solcher Gesamtblick erforderlich ist und welche Risiken entstehen, wenn diese Dynamik nicht hinreichend berücksichtigt wird?

Sonja Bongers (SPD): Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Meine Frage richte ich an Herrn Professor Dr. Hansen. Können Sie uns erläutern, welche Art von Projekten durch „Demokratie leben!“ gefördert wird und inwiefern das für die Arbeit für die Demokratie und gegen Extremismus wichtig ist?

Dagmar Hanses (GRÜNE): Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Herr Sachverständiger Hansen, auch von der Grünenfraktion herzlichen Dank für Ihre Stellungnahme

zu einem Antrag, der uns sehr irritiert. In ihm wird vorgegeben, die Demokratie zu schützen. Wir haben erhebliche Zweifel an dem Sachverständigen Zerbin, der zum Zeitpunkt der Stellungnahme auch Bundestagsabgeordneter ist. Er ist damit Akteur und kein unabhängiger Sachverständiger. Deshalb geht unsere Frage an Herrn Professor Hansen.

In Ihrer Stellungnahme haben Sie dargelegt, dass der Begriff des Antifaschismus historisch nicht mit Linksextremismus gleichzusetzen sei. Welche Risiken sehen Sie in der politischen Bildungsarbeit, wenn diese Begriffe pauschal vermischt oder gar kriminalisiert werden?

Dr. Werner Pfeil (FDP): Herr Dr. Hansen, können Sie sich erklären, warum die AfD in ihrem Antrag von 1.212 Gewalttaten spricht und Sie bzw. das BKA von deutlich weniger, nämlich 762?

Vorsitzender Dr. Werner Pfeil: Damit wurden in der ersten Runde von den Fraktionen alle Fragen gestellt.

Prof. Dr. Daniel Zerbin (NBS Northern Business School): Ich bin froh, wieder im Hohen Hause zu sein. Es ist mir eine besondere Ehre, als Gutachter im Rechtsausschuss sein zu können. Ich muss die Kritik der Grünen sofort zurückweisen. Ich bin nach wie vor Professor in Hamburg und kann Wissenschaft und Politik trennen.

Die erste Frage war, ob politisch motivierte linksorientierte Gewalt eine Bedrohung ist und ob sie einschüchtern kann, wenn ich das richtig wiedergebe. Das kann sie zweifelsohne. Durch die Maßnahmen und die Aktionen gerade der Antifa wird das politische Leben eingeschränkt. Das passiert in vielfacher Weise. Es fängt damit an, dass Wirte bedroht werden, Veranstaltungen blockiert werden, es auch zu Körperverletzungen kommt usw.

Gerade im Linksextremismus wird Gewalt – das zeigt das aktuelle Lagebild aus Nordrhein-Westfalen – als legitimes Mittel angesehen. Daher ist sehr klar: Es ist eine Einschüchterung bzw. eine Bedrohung. Es verschiebt auch den politischen Wettbewerb. Wenn ein Partner oder eine Gruppe Gewalt anwendet oder auch nur mit Gewalt oder mit empfindlichem Übel wie Sachbeschädigung, Einschüchterung usw. droht, dann verzerrt es den Wettbewerb und natürlich auch die Demokratie in diesem Lande.

Die zweite Frage war, wenn ich das richtig nachvollzogen habe, ob es Netzwerke ohne Formate und feste Strukturen gibt. Ja, zweifelsohne gibt es sie. Ich beschäftige mich nicht erst seit dem Antrag der AfD mit Extremismus, sondern das tue ich seit mehr als zehn Jahren in unterschiedlichen Bereichen. Islamistischer Terrorismus und Extremismus ist mein Schwerpunkt, aber man sieht es auch in anderen Bereichen, wenn man einmal auf die Historie der Bundesrepublik Deutschland und darauf schaut, wie gerade der Linksextremismus mit der RAF bzw., wie sie seitens der Polizei genannt wurde, mit der Baader-Meinhof-Bande, die keine Ausweise hatte, aufgekommen ist.

Ausweise werden auch nicht bei al-Qaida und bei anderen Gruppen ausgegeben, sondern – ich beziehe mich auf die Systemtheorie von Niklas Luhmann – menschliche

Systeme bestehen durch Kommunikation zwischen Menschen. Diese Menschen kommunizieren auf vielfältige Art und Weise miteinander, mittlerweile elektronisch, aber auch durch Treffen, Ausdrücke, Aktionen usw. Anfang des Jahres gab es einen großen Anschlag in Berlin. Daran werden Sie sich sicherlich noch erinnern können. Die Stromversorgung wurde attackiert, und Teile Berlins hatten tagelang keinen Strom.

Jetzt kann man sich fragen: Welchen Sinn hat das eigentlich? Das ist eigentlich schädigend. Für die Sache ist es eigentlich eher schlecht, wenn man sich dafür einsetzt. Terrorismus und Extremismus haben einen Sinn. Terrorismus ist nämlich ein Kommunikationssignal eines meistens unterlegenen Gegners, der mit einer Aktion – das kann bis hin zu Attentaten gehen – das Kommunikationssignal sendet, dass seine Art, zu denken, und seine Ideologie besonders wertvoll seien. Das könnte ich noch stundenlang ausführen, möchte es aber erst einmal dabei belassen und klar formulieren: Es bedarf keiner Strukturen und Formate, um Netzwerke zu bilden, sondern Netzwerke sind in erster Linie menschliche Kommunikation und Systeme.

Bei der letzten Frage ging es darum, ob eine Vernetzung durch ähnliche Verhaltensmuster erkennbar ist und ob man dadurch Rückschlüsse ziehen kann. Ich bin nicht der Meinung, wie es seitens der Sicherheitsbehörden dargestellt werden kann, dass die Antifa und linksextreme Organisationen nicht zu packen sind, weil sie lose Strukturen etc. sind. Ich selbst komme aus dem Sicherheitsbereich. Wo ein Wille ist, ist auch ein Weg, muss man sagen. Allein der Modus Operandi ist gerade bei den Gewalttaten sehr ähnlich. Meistens schlagen mehrere Menschen auf Einzelpersonen ein.

Ich möchte ein Beispiel aus Ungarn anführen, wo ein vermeintlich Rechtsextremer von der sogenannten Hammerbande schwerstens verletzt wurde. Dort sind ähnliche Strukturen vorhanden. Auch bei Parteiveranstaltungen wird ähnlich vorgegangen. Es gibt sogenannte Sportgruppen, die insbesondere in Ostdeutschland in den Regionen Leipzig und Dresden, eher weniger in Westdeutschland, in der Kampfsportszene vernetzt sind. Sie verbinden sich und haben einen ähnlichen Modus Operandi. Allein für diese Auslandsgeschichte in Ungarn braucht man eine gewisse Logistik. Man muss sich absprechen, Hotelzimmer buchen usw.

Wolfgang von Goethe hat einmal gesagt, alles im Leben hinterlasse Spuren. Diese Aktionen hinterlassen natürlich auch Spuren. Wenn der Wille vorhanden ist und man dementsprechend eine Schwerpunktsetzung in den Strafverfolgungsbehörden hat, kann man das selbstverständlich aufspüren und dem nachgehen.

Ich halte den Antrag allein deswegen für sinnvoll, weil eine Sensibilisierung eintreten muss. Es gab in den letzten Jahren sicherlich eine Veränderung in der politischen Landschaft. Ich kann mich noch daran erinnern: Als ich in den 80er-Jahren ein Praktikum am Amtsgericht gemacht habe, gab es noch Staatsanwälte mit Schmissen im Gesicht. Ich glaube, diese sind mittlerweile ausgestorben. Es gibt auch eine Veränderung in der politischen Wahrnehmung in Deutschland. Früher war man vielleicht auf dem rechten Auge blind, jetzt ist man meiner Meinung nach teilweise auf dem linken Auge blind. Das hat natürlich Konsequenzen, weil sich dadurch in letzter Linie die Gesellschaft verändert.

Gewalt erzeugt Gegengewalt. Wenn dem nicht nachgegangen wird, kann es sein, dass wir in eine Phase der Anomie kommen. Es ist nicht selbstverständlich, dass wir so einen starken Staat wie jetzt haben. Ich selbst habe fast fünf Monate in Afghanistan verbracht. In manchen Regionen und Staaten auf dieser Welt gibt es Anomie, also Regellosigkeit. Das Resultat ist Gewalt auf der Mikroebene, dass sich nämlich Gruppen herausbilden, die das Recht selbst in die Hand nehmen. Ich möchte es dabei belassen. Ich hoffe, dass ich die Frage einigermaßen beantwortet habe. Ansonsten gibt es vielleicht gleich noch eine zweite Runde.

Prof. Dr. Hendrik Hansen (Hochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung): Meine Damen und Herren! Vielen Dank für die Einladung und den Strauß an Fragen. Ich glaube, ich habe ein Zeitlimit, oder? An sich könnte ich eine Vorlesung halten.

Vorsitzender Dr. Werner Pfeil: Nein. Andere Ausschüsse begrenzen das auf drei Minuten, aber wir tun das nicht. Sie dürfen die Fragen beantworten.

Prof. Dr. Hendrik Hansen (Hochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung): Okay. Ich will trotzdem keine Vorlesung halten.

(Heiterkeit)

Vorweggeschickt: Ich finde die Auseinandersetzung mit dem Themenfeld des Linksextremismus sehr wichtig und begrüße deshalb das von der nordrhein-westfälischen Landesregierung kürzlich veröffentlichte Lagebild Linksextremismus außerordentlich. Ich habe es mir im Vorfeld durchgelesen. Wenn ich das so salopp formulieren darf: Ich finde es richtig klasse, was Sie da geleistet haben. Ich hoffe, das findet in anderen Bundesländern Nachahmung. Insofern gebe ich meine volle Zustimmung dazu, dass es notwendig ist, sich mit Linksextremismus zu befassen.

Herr Vorsitzender, wenn Sie erlauben, würde ich mit den Fragen von Frau Erwin einsteigen, weil sie genereller sind, und dann auf die spezifischeren Fragen der anderen Abgeordneten eingehen.

Zu dem ersten Punkt muss man erst einmal festhalten: Bei der Auseinandersetzung mit dem politischen Extremismus ist es meines Erachtens immer wichtig, dass wir den Extremismus in seiner ganzen Breite in den Blick nehmen und uns nicht zu sehr auf einzelne Phänomenbereiche konzentrieren, weil der politische Extremismus bzw. die Begriffe dort immer ein Kampffeld sind. Wie man beobachten kann, wird dieses Kampffeld von allen Richtungen verwendet.

Die Art und Weise der Auseinandersetzung der Partei Die Linke – sie ist hier nicht vertreten; dann kann ich sie als Beispiel nehmen – mit dem Antifaschismus lenkt davon ab, dass in den eigenen Reihen Leute beispielsweise mit der interventionistischen Linken zusammenarbeiten. Ich denke nur an den Fall „Bremen“. Das ist hochproblematisch.

Wenn jetzt die Auseinandersetzung mit dem Linksextremismus gefordert wird, dann fragt man sich, was politisch dahintersteht. Meines Erachtens ist es wichtig, dass man immer klarstellt, worum es geht: Es geht um den Schutz der freiheitlichen demokratischen

Grundordnung. Das ist die Zielrichtung der Auseinandersetzung mit politischem Extremismus. Es ist wichtig, dass man dieses Ziel nicht aus den Augen verliert. Dabei ist es zweitens auch sehr wichtig, differenziert zu urteilen. Es geht nicht, dass man einen Phänomenbereich nimmt und dort alles in einen Topf wirft, sondern man muss entsprechend differenzieren. In Bezug auf Antifaschismus komme ich gleich noch zu der Frage von Frau Erwin, die genau darauf zielt, im Bereich des Antifaschismus zu differenzieren.

Zu Ihrer ersten Frage: Es geht nicht nur um das Differenzieren. Wenn man so einen Rundenumschlag macht, dann muss man alles in den Blick nehmen, aber auch schauen, wie die Dinge zusammenhängen. Im Bereich des Linksextremismus wurde in dem Antrag ein bestimmtes Aktionsfeld besonders herausgegriffen. Ich verstehe, dass Sie seitens der AfD das tun, weil sie von diesem Aktionsfeld besonders betroffen sind. Wenn wir uns mit Linksextremismus auseinandersetzen, können wir aber nicht von der Betroffenheit ausgehen, sondern müssen davon ausgehen, wo wir in der Gesellschaft überall Linksextremismus finden. Es gibt noch ein paar Bereiche mehr. Herr Zerbin, Sie habe die Vulkangruppen in Berlin genannt.

Es geht um die differenzierte Analyse des Antifaschismus. Lassen Sie mich kurz einen Rückblick in die Geschichte machen. Antifaschismus war in den 20er- und 30er-Jahren ursprünglich eine Bewegung in Italien in der Auseinandersetzung mit Mussolini. Konservative, Liberale, Sozialisten im Sinne von Sozialdemokraten und auch Kommunisten waren dabei. Das heißt: Eine breite Gruppe von Menschen hat sich gegen Mussolini, gegen Faschismus, engagiert. Das war Antifaschismus. Insofern war Antifaschismus ursprünglich etwas, was man eigentlich mit Engagement gegen Rechtsextremismus, gegen Faschismus gleichsetzen konnte. Das hat sich auch deshalb gewandelt, weil Marxisten/Leninisten schon unter Stalin im Jahr 1935 beim Komintern-Kongress den Begriff des Faschismus aufgegriffen, Antifaschismus neu definiert und gesagt haben, die Wurzel des Faschismus sei der Kapitalismus.

Dieser Rückblick in die Geschichte ist wichtig, um dafür zu sensibilisieren, dass man immer schauen muss, in welchem Sinne Faschismus eigentlich verwendet wird. Wenn sich Leute dem Antifaschismus verschreiben und sagen, Antifaschismus sei wichtig, dann muss ich zunächst einmal die Frage stellen: Wie verstehen sie unter „Antifaschismus“? Was meinen sie damit? Das ist die Gegenfrage, und dann kann man weiterreden. Aber ich kann nicht sagen: Jemand bekennt sich zum Antifaschismus, also gehört er in ein Papier „Antifa-Sumpf austrocknen!“. Ich denke insbesondere an Herrn Klingbeil, der dort, glaube ich, genannt wird. Sozialdemokraten werden zitiert, als ob sie in einem Topf mit der Antifa wären. Nein, das sind sie nicht. Das sind verschiedene Dinge, und das muss man klar voneinander trennen.

Wir müssen in dem Bereich „Antifaschismus“ zwischen Extremisten und Nicht-Extremisten trennen. Auch in dem Bereich des Extremismus müssen wir noch weiter differenzieren. Es gibt den Bereich der Antifa. Das sind die, die zumeist mit der schwarz-roten Doppelfahne auftreten. Schwarz steht für Anarchismus, rot steht für Sozialismus. Bei jemandem, der mit der schwarz-roten Doppelfahne ankommt, kann man unterstellen, dass er ein Extremist ist, aber nicht notwendigerweise. Schön wäre es, wenn der Schulunterricht noch so gut wäre. Es gibt junge Leute, die diese Fahne tragen und

nicht genau wissen, was das bedeutet. Denen fehlt das Bewusstsein dafür. Ich würde sagen: Dort liegt das Problem.

Das Problem sind nicht die jungen Leute. Das Problem ist der Schulunterricht. Deshalb habe ich in meinem Papier dafür plädiert, im Schulunterricht klar auf die Auseinandersetzung mit der Geschichte des Kommunismus zu schauen, um Leute dafür zu sensibilisieren. Bezüglich der Auseinandersetzung mit der Antifa: Jemand, der die schwarzrote Doppelfahne mit sich herumträgt, ist nicht automatisch ein Extremist; dort muss man hinschauen. Unter denjenigen, die sich sehr klar zu extremistischen Zielen bekennen, gibt es auch welche, die eher legalistisch sind. Es gibt welche, die sich strafbar machen, und es gibt welche, die gewaltorientiert bis hin zu terroristisch sind.

Die Antifa Ost ist für mich im Grunde eine Form von Terrorismus, weil Menschen mit einer bestimmten politischen Orientierung gezielt in Angst und Schrecken versetzt werden sollen. Jeder soll das Signal bekommen: Du kannst der Nächste sein. – Das ist hochproblematisch. Wir können aber nicht alle, die in dem Spektrum unterwegs sind, in diesen Topf werfen. Blicken wir auf die Gründung von Generation Deutschland in Gießen. Es gab im Nachgang im Bündnis „widersetzen“ eine Diskussion zwischen Leuten, die gesagt haben: „Wir waren nicht gewalttätig genug“, und anderen, die gesagt haben: „Mir war das zu gewalttätig“. Daran sieht man, dass auch in so einem Bündnis unterschiedliche Akteure sind. Wenn wir alle in einen Topf werfen, dann führt das nur zu Radikalisierungsprozessen. Wir wissen, dass Ausgrenzung durchaus wie ein Gewächshaus wirken kann. Das haben wir auch in anderen Bereichen erlebt.

Frau Erwin, den 360-Grad-Blick halte ich für sehr wichtig, weil wir uns durch den 360-Grad-Blick immer vergewissern, was eigentlich das Ziel der Auseinandersetzung mit politischem Extremismus ist. Wenn wir uns mit politischem Extremismus befassen und das vernünftig tun, dann verfolgen wir nicht ein konkretes politisches Ziel und nicht die Durchsetzung einer politischen Orientierung, sondern es geht um die Sicherung der Grundlagen bzw. Grundprinzipien unserer politischen Ordnung: Menschenwürde, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit.

Warum der 360-Grad-Blick? Er ist erforderlich, weil die verschiedenen Strömungen und Phänomenbereiche zusammenwirken. Das muss man auch immer in den Blick nehmen. Erstens besteht in Teilen des Linksextremismus eine sehr irritierende Kooperation – seit dem 7. Oktober 2023 hat das sehr stark zugenommen – zwischen links-extremistischen Akteuren auf der einen Seite und Islamisten auf der anderen Seite. Ich könnte Ihnen einen Vortrag über das halten, was in Berlin nach dem 7. Oktober 2023 abgegangen ist; dort befindet sich mein Dienstsitz. Das ist das eine.

Das andere ist die Co-Radikalisierung, bei der man einmal die Zusammenhänge sehen muss. Seit Jahren besteht ein Gewaltpotenzial im Bereich des Rechtsextremismus gegenüber Linken und Linksextremisten, beispielsweise in Eisenach: Leon R., der im April 2022 festgenommen wurde, war dort der Kopf einer rechtsextremistischen Strömung. Sie haben immer wieder Übergriffe gegenüber Leuten getätigt, die irgendwie links aussahen. Dann kam die Antifa Ost, die sogenannte Hammerbande, mit ihren Übergriffen – ebenfalls hochproblematisch. Dann haben wir das Phänomen der Co-Radikalisierung. Diese Co-Radikalisierung ist hochgradig gefährlich.

Die Konsequenz einer solchen Co-Radikalisierung haben wir gerade in Lyon gesehen. Quentin Deranque ist das Opfer, das dort totgeschlagen, mutmaßlich ermordet wurde. Schauen Sie sich die Videobilder an: Wenn man jemandem so gegen den Kopf tritt, dann ist das im Grunde ein Mord. Das muss natürlich das Gericht feststellen. Das ist hochproblematisch und hochgefährlich, denn das kann zu einer weiteren Radikalisierung führen: Mord auf beiden Seiten. Dann hätten wir Weimarer Verhältnisse. Diese Gefahr muss man in den Blick nehmen. Deshalb ist meint Plädoyer, dafür einen 360-Grad-Blick anzuwenden.

Ich gehe kurz auf die verschiedenen spezifischeren Fragen ein. Herr Röckemann, zu Ihrer Frage bezüglich Organisation und Hierarchie: Natürlich ist es aus der Sicht des Betroffenen immer egal, ob derjenige, der einen halb totschießt, organisiert oder nicht organisiert ist, aber für die Sicherheitsbehörden ist das relevant, denn wenn die Leute als Netzwerk strukturiert sind, dann ist es etwas schwieriger, ihrer habhaft zu werden. Die RAF hatte vielleicht keine Mitgliedsausweise, aber es gab klare Hierarchien und klare Strukturen. Diese Strukturen konnte man detektieren. Sie waren für Sicherheitsbehörden leichter zu erfassen als diese Netzwerke, die erst einmal sehr klandestin vorgehen. Insofern ist das ein Unterschied. Vor allen Dingen ist auch ein Unterschied: In Netzwerken gibt es Leute mit einem unterschiedlichen Grad der Beteiligung und der Radikalisierung. Das wiederum ist ein Hinweis zum Thema „Differenzierung“.

Klar hat politisch motivierte Gewalt auch das Ziel der Einschüchterung des politischen Gegners, im Übrigen in allen Spektren. Wenn die Nationalrevolutionäre Jugend – NRJ –, die Jugendorganisation von „Der Dritte Weg“, Übergriffe tätigt, dann sind das Übergriffe gegenüber linksorientierten Menschen, also nicht gegenüber Linksextremisten. Das hat natürlich auch das Ziel der politischen Einschüchterung, aber das ist nicht das einzige Ziel. Die Vulkangruppe beispielsweise will nicht einen politischen Gegner einschüchtern, sondern sie will die kritische Infrastruktur treffen, die Prozesse in der industriellen Gesellschaft unterbrechen usw. Es gibt also eine Bandbreite von Zielen bei politisch motivierter Gewalt.

Dass es Mitgliedschaften ohne formelle Struktur geben kann, ist klar. Um Mitglied einer terroristischen oder einer kriminellen Vereinigung zu sein, muss keinen Ausweis haben, sondern es genügt, dass man sich wie ein Mitglied verhält. Das wird sowohl von Sicherheitsbehörden als auch von den Gerichten immer so gesehen. Denken Sie nur an die Verurteilung von Lina E. vor dem OLG Dresden am 31. Mai 2023 wegen Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung. Die Frage war nicht, ob sie einen Ausweis hat – ob das eine vereinsähnliche Struktur war, spielte keine Rolle –, sondern die Frage war: Ist das ein Netzwerk und war sie dessen Mitglied?

Kann man diese Vernetzung erkennen? Netzwerke lassen sich schwerer detektieren, weil die Verbindungen informeller sind. Insbesondere dann, wenn die Akteure es trainiert haben, beispielsweise keine Spuren zu hinterlassen, sie das Smartphone zu Hause liegen lassen und Smartphones eigentlich gar nicht mehr verwenden, weil sie genau wissen, dass man sie aufspüren kann usw., ist das natürlich viel schwerer zu erkennen. Für Sicherheitsbehörden ergeben sich durch diese Art der Struktur andere Herausforderungen.

Dann komme ich zu der Frage von Frau Bongers, welche Art von Projekten von „Demokratie leben!“ gefördert wird. Es gibt eine Bandbreite von Projekten. In Bezug auf Extremismus geht es bei einer Reihe von Projekten maßgeblich um Rechtsextremismusprävention und um Aufklärung über Rechtsextremismus. Im Antrag wird geschrieben, dass Extremisten gefördert würden. Danach habe ich immer wieder gesucht. Es gibt vereinzelte Medienberichte darüber, dass in einzelnen Fällen so etwas passiert ist, aber von einer systematischen Finanzierung extremistischer Strukturen durch „Demokratie leben!“ kann nach meiner Kenntnis schlicht keine Rede sein. Immer wieder beobachtet man, dass einzelne Projekte Kontakte zu Extremisten haben. Das ist für Geldgeber extrem schwer zu erkennen. Man kann sich natürlich die Organisation selbst anschauen, aber diejenigen, mit denen sie Verbindungen hat, sind manchmal schwer zu erkennen. Das würde ich gar nicht so sehr als kritischen Punkt sehen.

Ein Punkt, der mir auffällt: Bei „Demokratie leben!“ bzw. im Bereich der Extremismusprävention gibt es den sehr großen Teil Rechtsextremismusprävention; das halte ich auch für sehr vernünftig. Dann gibt es Islamismusprävention, und Linksextremismusprävention so gut wie gar nicht. Das finde ich schade. Warum eigentlich gibt es sie nicht? Es besteht für keine demokratische politische Partei ein Grund, den Linksextremismus in irgendeiner Weise zu schonen. Die Linksextremisten waren sowieso immer schlimme Gegner der Sozialdemokraten. Sie haben in der Vergangenheit ihrer Partei üble Erfahrungen mit Linksextremisten gemacht. Es gibt also einen guten Grund, sich dieser Strömung zu widmen.

Frau Hanses, „Antifaschismus in der politischen Bildungsarbeit“ habe ich mir notiert. Entschuldigung, können Sie mir kurz ein Stichwort geben, was Sie gemeint haben?

Dagmar Hanses (GRÜNE): Ja, gerne. Ich versuche es noch einmal, wenn der Vorsitzende erlaubt.

Vorsitzender Dr. Werner Pfeil: Ja.

Dagmar Hanses (GRÜNE): Sie haben es eben teilweise schon angesprochen, dass Antifaschismus natürlich etwas anderes als Linksextremismus ist, der in dem Antrag angesprochen wird. Welche Risiken ergeben sich für die politische Bildungsarbeit, wenn das so fahrlässig gleichgesetzt wird?

Prof. Dr. Hendrik Hansen (Hochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung): Ich würde erst einmal sagen: Es ergibt sich ein Auftrag an die ...

(Nadja Lüders [SPD]: Das war vorsätzlich! – Dagmar Hanses [GRÜNE]:
Genau, es war vom Antragsteller intendiert! Das muss ich korrigieren!

Vorsitzender Dr. Werner Pfeil: Bitte das Mikro nutzen, damit das auch der Sitzungsdokumentarische Dienst mitbekommt.

Dagmar Hanses (GRÜNE): Ich muss es korrigieren. Die Kollegin Lüders hat natürlich recht. Wenn das im Antrag von dem Antragsteller so konkret formuliert ist, dann war das nicht fahrlässig, sondern vorsätzlich; deshalb die Korrektur.

Prof. Dr. Hendrik Hansen (Hochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung):

Bezüglich der Gefahren für die politische Bildung: Ich sehe einen Auftrag für die politische Bildung. Ein zentraler Punkt ist doch, dass wir die Grundprinzipien von Menschenwürde, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit vermitteln. Das ist nicht alles, aber das ist natürlich ein ganz elementarer Bestandteil, weil das nach der Rechtsprechung des Verfassungsgerichtes nun einmal die freiheitliche demokratische Grundordnung ausmacht. Wenn es darum geht, dann ist es natürlich sehr wichtig, dass wir das einerseits in allen Spektren entsprechend thematisieren, in denen diese Prinzipien angegriffen werden, und dass wir andererseits darauf hinweisen, welche Formen des demokratischen Engagements es gegen verschiedene Varianten des Extremismus in der Vergangenheit gab; in dieser Differenziertheit, wie ich das vorhin aufgezeichnet habe.

In dem Punkt ist mir auch immer – ich sage das jetzt noch einmal – die Auseinandersetzung mit der Geschichte wichtig. Sehr viel von dem, worüber wir reden, ist uns klar, weil – ich will jetzt nicht alle in meine Altersgruppe hineinnehmen; das wäre unhöflich – viele hier den entsprechenden Lebenserfahrungshintergrund haben. Wir wissen, über welche Geschichte wir reden. Diese Geschichte muss man sich in ihren verschiedenen Aspekten anschauen. Ich möchte bei der Auseinandersetzung mit der Geschichte des Nationalsozialismus auf keine Weise irgendwo Abstriche machen. Diese Auseinandersetzung ist wichtig und muss sogar noch gestärkt werden, weil wir den Eindruck haben, dass sie in den Schulen ein Stück weit zurückgefahren wird.

Was allerdings fehlt, ist die Auseinandersetzung mit der kommunistischen Vergangenheit gerade in Deutschland. Ich habe immer wieder Studenten, die nichts über die Geschichte der DDR wissen. Das ist doch erschreckend. Dann ist es natürlich auch viel schwerer, zu vermitteln, wo die Probleme mit dem Linksextremismus sind, wenn man nicht darauf hinweisen kann: Schaut mal, der Linksextremismus war in der Vergangenheit in der DDR an der Macht. – Insofern halte ich Bildungsarbeit für zentral.

Letzter Punkt – Herr Vorsitzender, Sie haben die Frage nach dem Unterschied bei den Zahlen gestellt –: Das weiß ich auch nicht. Mich hat es einfach interessiert, welche Zahlen es gibt. Ich habe dann nachgeschaut. Meine Quelle habe ich angegeben: Das ist der Verfassungsschutzbericht, in dem die PMK-Zahlen wiedergegeben werden. Eine andere Quelle habe ich nicht. Insofern kann ich zu der Frage, warum sie differieren, nichts sagen.

Sie wissen es auch nicht, Herr Zerbin? Sie haben es nicht geschrieben. Das war Herr Röckemann. Vielleicht war es einfach ein Irrtum, vielleicht auch von mir; keine Ahnung. Was ich abgedruckt habe, habe ich aus dem Verfassungsschutzbericht kopiert, also Copy & Paste.

Vorsitzender Dr. Werner Pfeil: Damit haben wir die erste Fragerunde beendet. Es ist Zeit für eine zweite Fragerunde.

Thomas Röckemann (AfD): Copy & Paste ist immer ein sehr dienliches Mittel zur Kommunikation. Das mache ich auch manchmal. Ich habe drei Fragen. Die ersten beiden Fragen würde ich an Professor Zerbin richten.

Würden Sie zustimmen, dass Radikalisierungsprozesse in extremistischen Milieus historisch häufig schrittweise verlaufen können, etwa vom politischen Aktivismus über militante Aktionen bis hin zu schwerer Gewalt, wie dies etwa im Umfeld der RAF bzw. auch des NSU zu beobachten war?

Die zweite Frage geht in Richtung „Zahlen“ – wir haben uns gerade darüber unterhalten –: Halten Sie die Statistiken der politisch motivierten Kriminalität grundsätzlich für eine geeignete Grundlage, um Entwicklungen extremistischer Gewaltdelikte über mehrere Jahre hinweg empirisch zu analysieren?

Die dritte Frage geht an beide Sachverständige: Würden Sie vor diesem Hintergrund bestätigen, dass eine konsequente Strafverfolgung politisch motivierter Gewalt sowie Transparenz bei möglichen Finanzierungs- und Unterstützungsstrukturen entscheidende Voraussetzungen sind, um den demokratischen Wettbewerb und das Vertrauen in den Rechtsstaat zu schützen?

Vorsitzender Dr. Werner Pfeil: Frau Erwin? – Keine Fragen. Frau Bongers? – Keine Fragen. Frau Hanses? – Keine Fragen.

Dr. Werner Pfeil (FDP): Ich hätte als Ergänzung noch eine Frage. Unter III. heißt es im Antrag: Der Landtag fordere die Landesregierung auf, die bestehenden gesetzlichen Instrumente insbesondere des Straf- und Strafprozessrechts entschlossen anzuwenden und eine konsequente Strafverfolgung zu betreiben.

(Dagmar Hanses [GRÜNE]: Wer macht das?)

Ist das nicht eine Sache der richterlichen Unabhängigkeit?

(Dagmar Hanses [GRÜNE]: Nicht mehr lange, wenn das so weitergeht!)

Geht das überhaupt?

Vorsitzender Dr. Werner Pfeil: Beide Sachverständige dürfen die Fragen beantworten, die an Sie gerichtet waren.

Prof. Dr. Hendrik Hansen (Hochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung): Wenn man in die richterliche Unabhängigkeit eingreife, dann wäre es – wenn ich das so direkt sagen darf – geradezu eine rhetorische Frage, aber ich glaube, das haben Sie ein Stück weit so gemeint, nicht wahr?

Dr. Werner Pfeil (FDP): Ja.

Prof. Dr. Hendrik Hansen (Hochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung):

Das ist klar. Man könnte allenfalls Folgendes sagen: Bei der Anwendung von gesetzlichen Instrumenten gibt es immer die Frage, wie Behörden, die immer überlastet sind, diese priorisieren. Es ist sehr wichtig, dass die Sicherheitsbehörden, die entsprechende Strukturen in allen Bereichen detektieren müssen, einen Rückhalt vonseiten der Politik bekommen. Ich gebe Ihnen ein Positivbeispiel.

Ich glaube, dass die Aufdeckung der Strukturen in der Antifa Ost, der sogenannten Hammerbande, ein Erfolg einer systematischen Zusammenarbeit des Verfassungsschutzes in Sachsen und Thüringen, des LKAs in den entsprechenden Bundesländern, des Bundesamts für Verfassungsschutz, des BKAs, des Generalbundesanwalts und der entsprechenden politischen Strukturen, also der zuständigen Innenminister, ist. Es ist sehr wichtig, dass die Behörden den Rückhalt ihrer jeweiligen Innenminister haben.

Es gab etliche Anfragen von Medien bezüglich der Vulkangruppen: Wie ist es möglich, dass solche Gruppierungen seit 2011 tätig sind, ohne dass man ihrer habhaft werden konnte? Wenn man keine Spuren hat, dann ist das außerordentlich schwierig. Man kann aber schauen, in welchen Netzwerken sie agieren. Es gibt einige Hinweise auf Netzwerke, in denen die Täter unterwegs sein könnten. Wenn man das entsprechend priorisiert, dann kann man in diesen Strukturen durch Observationsmaßnahmen usw. eventuell etwas aufdecken. Das braucht aber natürlich den entsprechenden politischen Willen. Insofern spielt bei der Aufdeckung, nicht bei der Verurteilung – das ist richterliche Unabhängigkeit –, der politische Rückhalt eine erhebliche Rolle.

Ich glaube, dass gerade NRW sehr gut aufgestellt ist. Insofern wundert es mich ein bisschen, dass Sie diesen Antrag in Nordrhein-Westfalen einbringen, weil Sie hier mit dem 360-Grad-Blick im Bereich der Bekämpfung des politischen Extremismus eigentlich sehr klar sind.

Eine Frage lautete, ob die konsequente Verfolgung von Straftaten zum Schutz des politischen Wettbewerbes wichtig sei. Dazu kann ich nur sagen: Ja, selbstverständlich. Natürlich ist es für den Schutz des politischen Wettbewerbes wichtig, dass man Straftaten verfolgt, aber man müsste erst einmal sagen, wo hier Defizite bestehen. Es gibt nicht aufgedeckte Straftaten. Der Brandanschlag auf das Auto des Geschäftsführers der AfD-Bundestagsfraktion, Herr Baumann, in Hamburg ist meines Erachtens nicht aufgedeckt worden.

Eine Reihe von Straftaten wurde aber sehr wohl aufgedeckt, gerade die von mir erwähnten Straftaten der Antifa Ost/Hammerbande. Das ist aus meiner Sicht ein wirkliches Positivbeispiel der Zusammenarbeit von Strafverfolgungsbehörden, Sicherheitsbehörden und Politik. Gerade das zeigt, dass es bei uns sehr wohl eine konsequente Verfolgung gibt und dass man nicht davon reden kann, dass bei uns nur rechtsextremistische und nicht linksextremistische Straftaten verfolgt würden.

Prof. Dr. Daniel Zerbin (NBS Northern Business School): Ich habe gerade ein bisschen mitgeschrieben. Es ist sehr interessant, was der Kollege sagt. Ich unterscheide mich in einigen Dingen, aber ich möchte erst einmal auf die Fragen eingehen. Die erste an mich gestellte Frage war, ob radikale Prozesse historisch irgendwie nachweisbar

seien und ob es da irgendwie Analogien gebe; so habe ich sie verstanden. Ja, das könnte sein. Wir wissen natürlich nicht, wie die Lage sich weiterentwickelt. Ich bin gerade schon darauf eingegangen, dass Gesellschaften kippen können und es eine Phase der Anomie geben kann. Bezüglich des Linksextremismus kann man sicherlich sagen – das habe ich gerade kurz schon erwähnt –, dass es langsam anfängt, erst einmal mit Ideen.

Darin unterscheiden wir uns. Ich glaube, dass man eine Kategorie bilden kann und, wenn man zu viele Kategorien bildet, dass sich das irgendwann in Nebel auflöst. Gerade bei der RAF, die am Anfang diese – in Anführungszeichen – Baader-Meinhof-Bande war, hat sich das herausentwickelt. Es fing mit Sachbeschädigungen, Anschlügen gegen Kaufhäuser usw. an und endete dann irgendwann – nicht ganz; hier in Düsseldorf gab auch noch einen Anschlag – mit dem Anschlag gegen den Chef der Deutschen Bank, der logistisch der schwierigste Anschlag war, mit Lichtschranken usw. Er war hochprofessionell aufgebaut. Es war eine wirkliche terroristische Szene und Zelle, die teilweise heute noch aktiv ist, weil Einzelne ihre Rente mit irgendwelchen Überfällen aufbessern müssen.

Diese schrittweise Entwicklung gibt es also. Wir wissen nicht, wie es sich weiterentwickelt. Es gibt die ersten Anzeichen. Wir haben gerade über die Hammerbande gesprochen. Sie haben das Attentat aus Frankreich angesprochen. Bei uns kommt es zu ähnlichen Taten: Tritte gegen den Kopf oder teilweise auch mit Schlaginstrumenten, also Totschlägern. Ich weiß nicht, ob Sie diese kennen. Es sind Teleskopstöcke, die man ausfährt. Oben ist eine Metallkugel befestigt. Das alles sind Dinge, durch die Menschen sterben können, und das wird billigend in Kauf genommen.

Wir sind Schritte weiter. Sicherlich kann man sagen, Kriminalität sei ubiquitär, komme immer vor und es habe immer vereinzelt Taten gegeben, aber in der Masse scheint es so zu sein, dass die Sache und die Szene sich radikalisieren.

Dazu möchte ich noch sagen, dass es, wenn man das analysiert ...

(Dagmar Hanses [GRÜNE] spricht mit einer Mitarbeiterin.)

– Ich hoffe, ich störe Sie nicht, wenn ich rede.

(Dagmar Hanses [GRÜNE]: Ein bisschen schon!)

– Tut mir leid. Na ja, Benehmen ist Glückssache.

Die Sache korreliert mit Jugendkriminalität. Man muss sagen, dass die Täter meistens jüngere Menschen sind. Ein 40- oder 50-Jähriger wird sich nicht dazu auslassen, das zu begehen. Da kommt es zu Überschneidungen, weil Kriminalität generell männlich und jung ist. Es ist besonders anziehend, sich gerade da auszuleben. Ich glaube, dass viele gar nicht diese intensive politische Auseinandersetzung betreiben – das haben Sie gerade erwähnt –, sondern es gibt irgendwie Ärger. Das hat man 2017 beim G20-Gipfel in Hamburg gesehen, als viele Mitläufer auf einmal da waren und ein gesamter Stadtteil in Schutt und Asche gelegt wurde. Darunter waren viele – das hat man nachher herausgefunden –, die einfach mitgelaufen sind, weil es Spaß gemacht hat. Nichtsdestotrotz muss man natürlich dagegen vorgehen.

Um das zusammenzufassen: Es gibt diese Steigerung. Man sieht sie an den Taten und deren Intensität. Es ist natürlich noch nicht so wie bei der RAF in den 80er-Jahren mit dieser hoch technologisierten Art und Weise, Anschläge zu begehen; da sind wir noch nicht.

Bei der zweiten Frage ging es darum, ob die Statistik eine geeignete Grundlage ist. Habe ich das richtig verstanden? Man könnte jetzt eine Vorlesung über Hell- und Dunkelfeld halten. Sie kennen sicherlich auch den Begriff der Dunkelziffer, der gar nicht existent ist, sondern man spricht von Dunkelfeld. Es gibt ein doppeltes und ein – in Anführungszeichen – einfaches Dunkelfeld. Die Dinge sind natürlich nur in der Statistik, wenn eine Anzeige gemacht wurde. Das hat mit dem Anzeigeverhalten und der Arbeit der Polizei zu tun. Wenn die Polizei besonders gut arbeitet, ist in den Statistiken mehr Kriminalität vorhanden. Daher ist die Sache mit der Statistik immer so eine Angelegenheit, aber sie ist das Beste, was wir haben – nicht nur die Statistik zu PMK, sondern auch die PKS.

Im Moment kommen auf Länderebene die Polizeilichen Kriminalstatistiken heraus. Dazu gibt es immer Kritik. Früher hieß es immer – ich weiß nicht, ob es immer noch so ist –, dass die Statistik rechtsradikal sei. Das ist sie natürlich nicht, aber sie kann nur ein gewisses Hellfeld abbilden. Ich glaube, dass man die Statistik grundsätzlich als valide ansehen kann und dass sie auf jeden Fall ein Richtungsweiser ist. In meiner Stellungnahme habe ich die Zahlen im Zehnjahresvergleich einmal zusammengebracht, um zu schauen, was schlechter und was besser geworden ist. Dabei kam heraus – ich habe die gleichen Zahlen vom Verfassungsschutz hier in Nordrhein-Westfalen genommen und zusammengezählt; Gewaltkriminalität ist nicht ganz gleich der Gewaltkriminalität in der PKS –, dass die Zahl linker Gewalttaten sogar höher als die Zahl rechter Gewalttaten ist. Das kann Zufall sein. Das schwankt in diesem Bereich immer ein bisschen.

(Dagmar Hanses [GRÜNE]: Das ist einfach falsch!)

– Vielleicht warten Sie noch mit Ihren Kommentaren.

(Dagmar Hanses [GRÜNE]: Ungerne!)

Ich habe die nackten Zahlen aus der Statistik genommen. Dabei kommt heraus, auch wenn Ihnen das nicht passt: Die linke Gewalt ist stärker verbreitet. Das muss man erst einmal so konstatieren. Daher gibt es nicht besser und schlechter, sondern sie sind ungefähr gleich. Unter dem Strich war die linke Gewalt ein bisschen mehr vertreten.

Was ich gerade noch anmerken wollte, bevor ich gestört wurde: Die Gewaltkriminalität in der Statistik des Bundesverfassungsschutzes – es geht um die Frage der Statistik – ist nicht analog zu dem zu sehen, was in der PKS ist. Da sind noch Brandanschläge dabei. Die Gewaltkriminalität in der PKS ist ein bisschen anders aufgeschlüsselt. Man muss aufpassen, dass man nicht Äpfel mit Birnen vergleicht; das wäre sehr gefährlich. Ich hoffe, dass ich die Frage 2 beantwortet habe. – Ich sehe ein Nicken.

Als dritte Frage habe ich mir aufgeschrieben: Muss Rechtsstaatlichkeit geschützt werden? Darauf bin ich gerade schon eingegangen. Das glaube ich schon. Aus meiner Perspektive – ich bin die Statistiken jedes Jahr mit meinen Studenten durchgegangen –

sieht man, dass im Linksextremismus und natürlich auch im Rechtsextremismus, keine Frage, auf jeden Fall eine gewisse Gefährdung vorhanden ist. Es gab auch hier im Ruhrgebiet verschiedene Anschläge. Diese Bande wurde schon angesprochen, auch Michelle ... Jetzt komme ich nicht darauf. Es fällt mir jetzt nicht ein, aber gleich vielleicht. Sie ist die Cousine von Bekannten von mir. Das war die Beamtin der Polizei, die ermordet wurde. Das sind schlimme Dinge sowohl von links als auch rechts. Dem muss man natürlich nachgehen – ich habe es gerade schon gesagt –, sonst kommt man in eine Phase der Anomie, der Zügellosigkeit. Ich habe es am Beispiel von Afghanistan erklärt: Nicht immer ist der Staat handlungsfähig. Es kann sein, dass der Staat an Kraft verliert.

In einer Sache unterscheiden wir uns: Was die Frage der Strukturierung angeht, glaube ich, dass es sehr wichtig ist, gegen diese Gruppen vorzugehen, auch wenn sie vielleicht keine direkten Hierarchien haben. Diese hat auch der Islamismus nicht immer. Im Islamismus gibt es verschiedenste Gruppen. Das Einzige, was sie eint, ist diese fundamentalistische Auslegung der Religion. Sie sind sehr unterschiedlich. Aus dieser Perspektive würden wir nicht sagen, dass wir nicht gegen den Islamismus vorgehen. Deswegen finde ich es nicht plausibel, dass man sagt, man gehe nicht stark gegen den Linksextremismus vor, weil es dort keine Gruppen gebe. Das lese ich ein bisschen heraus; das ist eine subjektive Einschätzung.

(Prof. Dr. Hendrik Hansen [Hochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung]: Das habe ich aber nicht gesagt!)

– Ich meinte Sie auch nicht.

(Prof. Dr. Hendrik Hansen [Hochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung]: Ach so, okay!)

Ich habe es in meiner Stellungnahme geschrieben. Ich fand diesen Lagenbericht gut, aber das habe ich da so ein bisschen herausgelesen. Das kam mir wie eine Verharmlosung vor.

Herr Vorsitzender, ich weiß nicht, ob Sie die Frage, was konsequente Strafverfolgung angeht, auch mir gestellt haben. Ich würde trotzdem einmal darauf antworten. Natürlich hat der Richter das letzte Wort, aber ich als Kriminalwissenschaftler verstehe unter Strafverfolgung auch die Arbeit der Polizei und der Staatsanwälte. Wenn kein Staatsanwalt anklagt und keine Polizei ermittelt, dann kann kein Richter aburteilen. Daher ist der erste Schritt bei der Strafverfolgung, dass man die Strukturen der Polizei stärkt; darum geht es.

Die Polizei hat einen Personalmangel. KI ist dort ein großes Thema; das kann ich zu Hamburg sagen. In die Aufklärung von Cyberkriminalität muss sie sehr viel Energie hineinstecken. Beamte sind – in Führungszeichen – teuer. Sie sind natürlich ganz toll, aber man muss mit den Ressourcen natürlich haushalten. Ich weiß, dass das KK 11 hier in Nordrhein-Westfalen, das sich mit Mord beschäftigt, immer gut besetzt ist, aber dann fehlt an anderer Stelle Personal. Man muss natürlich einen Schwerpunkt bilden. Wenn man Personal wegnimmt und da hineinpackt, weil Rechtsextremismus besonders wichtig ist, dann fehlt es vielleicht an anderer Stelle. Man muss also mit dem vorhandenen Personal haushalten. Ich glaube, es ist wichtig, dass man vielleicht

einmal einen anderen Schwerpunkt setzt und sagt: Hier müssen wir vorgehen, um zu agieren.

Vorsitzender Dr. Werner Pfeil: Damit ist die zweite Runde beendet. Herr Röckemann, haben Sie noch Fragen für die dritte Runde? – Okay, dann gibt es keine weiteren Fragen mehr.

Ich bedanke mich bei den Sachverständigen, dass Sie heute hier waren, für die schriftlichen Stellungnahmen, aber auch für die Erörterungen und die Beantwortung der Fragen. Wir sind am Ende der Sitzung angelangt. Das Sitzungsprotokoll wird Ihnen, soweit ich weiß, zugesandt.

Die nächste Sitzung des Rechtsausschusses findet am 29. April 2026 statt. Einen schönen Nachmittag!

gez. Dr. Werner Pfeil
Vorsitzender

Anlage

17.03.2026/18.03.2026

Anhörung von Sachverständigen
des Rechtsausschusses**Demokratie schützen – keine Toleranz für kriminelle Gewaltstrukturen:
Antifa-Sumpf austrocknen!**

Antrag der Fraktion der AfD, Drucksache 18/15910

am Mittwoch, dem 11. März 2026
15.45 bis (max.) 17.15 Uhr, Raum E1 D05, Livestream**Tableau**

eingeladen	Teilnehmer/innen	Stellungnahme
Professor Dr. Hendrik Hansen Hochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung Berlin	Prof. Dr. Hendrik Hansen	18/3531
Professor Dr. Daniel Zerbin NBS Northern Business School Hamburg	Prof. Dr. Daniel Zerbin	18/3514
Professor Dr. Fabian Virchow FH Düsseldorf	<i>keine Teilnahme</i>	---
Karima Benbrahim Landesfachstelle des Informations- und Dokumentationszentrums für Antirassismuserbeit in Nordrhein Westfalen e.V. Düsseldorf	<i>keine Teilnahme</i>	---

weitere Stellungnahme:
